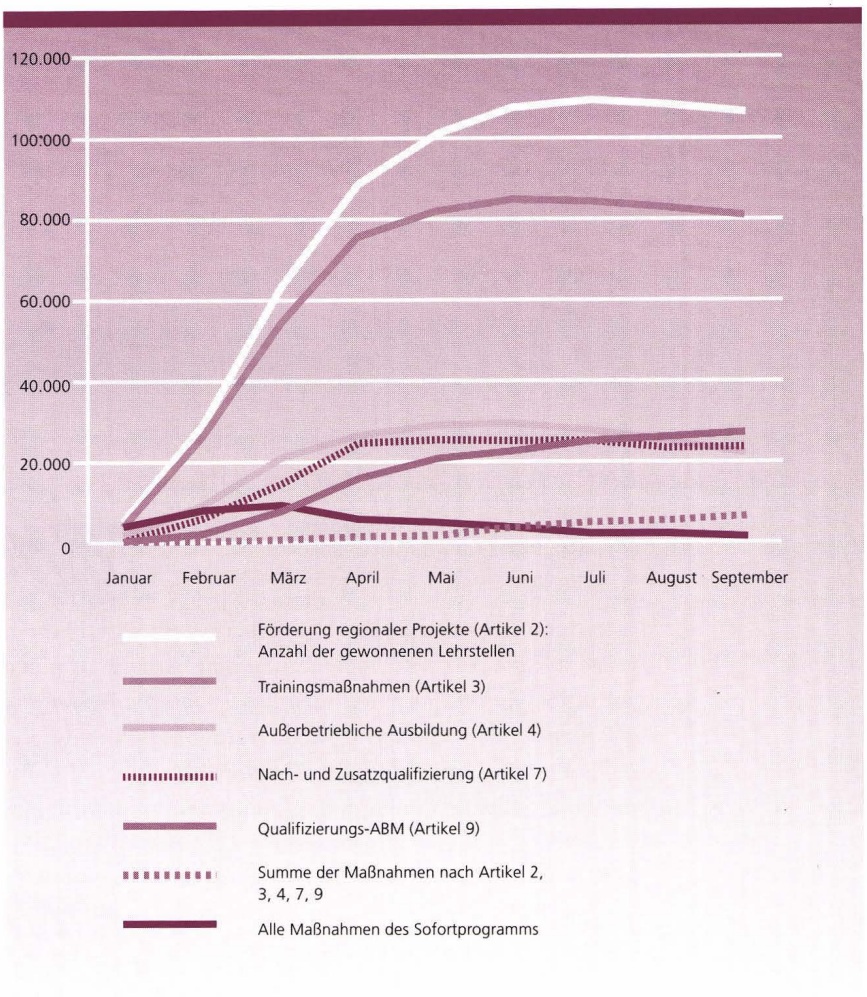
tern wurde explizit der kurzfristig abzudeckende Handlungsbedarf als Grund genannt, warum (noch) keine regionalen Projekte gestartet werden konnten. Weiterhin wurden fehlendes Interesse von Betrieben an Ausbildungsverbünden, eine zu geringe Anzahl ausbildungsgeeigneter Jugendlicher, vorhandene Kapazitäten bestehender Ausbildungsverbünde und Probleme bei der Mitarbeit von Kammern angeführt.

Die Entwicklung zeigt ein günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis, da die Zahl der neuen Lehrstellen überproportional zur Zahl der geförderten Maßnahmen ansteigt. Hält der Trend an, ist bis zum Ende des Jahres noch ein deutlicher Zuwachs an Lehrstellen zu erwarten (vgl. Abbildung 3).

Aus den Daten der Bundesanstalt für Arbeit geht hervor, dass mehr als die Hälfte als Kombinationsmaßnahmen (z.B. neuer Ausbildungsverbund in Kooperation mit ausländischen Betrieben) gefördert wurden. Dabei konnten im Durchschnitt pro Maßnahme 35 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Etwa jedes fünfte Projekt schafft einen neuen Ausbildungsverbund bei 12 betrieblichen Lehrstellen pro Neugründung (Stand September 1999).

Frauen in zukunfts- und technikorientierten Berufen sowie benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene mit ausländischer Staatsangehörigkeit sollten gezielt unterstützt werden. Bisher ist bei diesen Maßnahmen eine starke Gewichtung des Benachteiligtenaspektes zu erkennen. Die Vermittlung von jungen Frauen in zukunfts- und technikorientierte Berufe gelang bundesweit nur selten.

Abbildung 1 **Entwicklung des monatlichen Bestands an Maßnahmen im Sofortprogramm**



Trainingsprogramm für noch nicht vermittelte Bewerberinnen und Bewerber (Artikel 3)

Eine verbreiterte und vertiefte Berufswahlorientierung, ein gezieltes Bewerbungstraining, eine fundierte Eignungsfeststellung und Beratung sowie Betriebspraktika sollen die Vermittlungschancen von prinzipiell ausbildungsgeeigneten Jugendlichen verbessern.

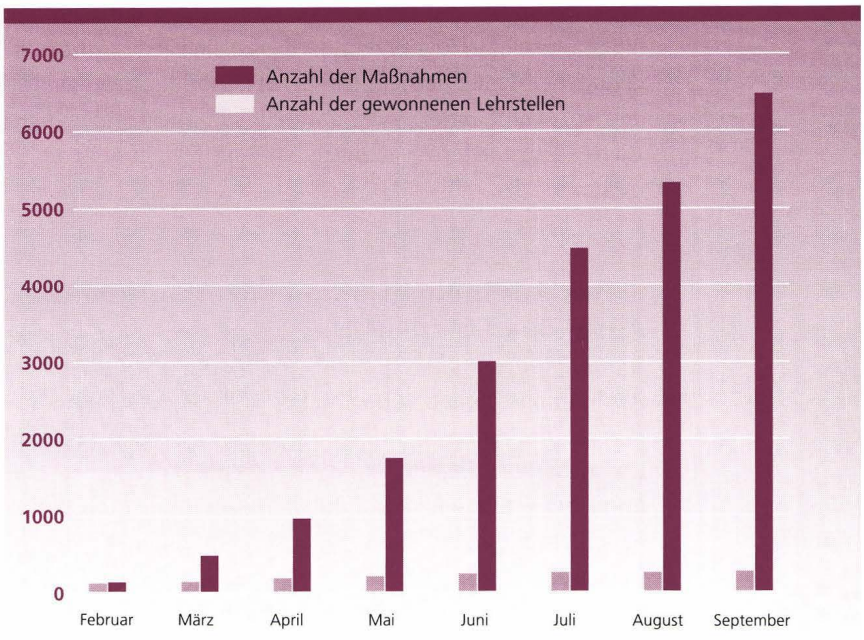
Artikel 3 wurde in 44 Arbeitsämtern in vierzehn Bundesländern (davon neun in den neuen Ländern) evaluiert. Bisher konnten beispielhaft 41 Konzepte für Trainingsmaßnahmen ausgewertet werden.

UMSETZUNG

Es sind keine grundsätzlich neuen Ansätze oder Inhalte für Trainingsprogramme zu erkennen. Die Mehrzahl der Träger stellt zunächst die *Eignung und Leistungsfähigkeit* der Jugendlichen fest und hilft dabei, den Berufswunsch mit den Anforderungen des Berufes abzugleichen; ggf. werden Alternativen aufgezeigt. Die Teilnehmer sollen Zutrauen zu ihren eigenen Fähigkeiten gewinnen.

Zur Orientierung werden *berufskundliche Informationen* vermittelt, die meisten Träger erteilen *Stütz- und Förderunterricht*, da die Teilnehmer vielfältige schulische Defizite aufweisen und häufig erheblich sozial benachteiligt sind.

Abbildung 3 **Entwicklung des betrieblichen Lehrstellenangebots durch die Förderung von regionalen und lokalen Projekten (Artikel 2)**



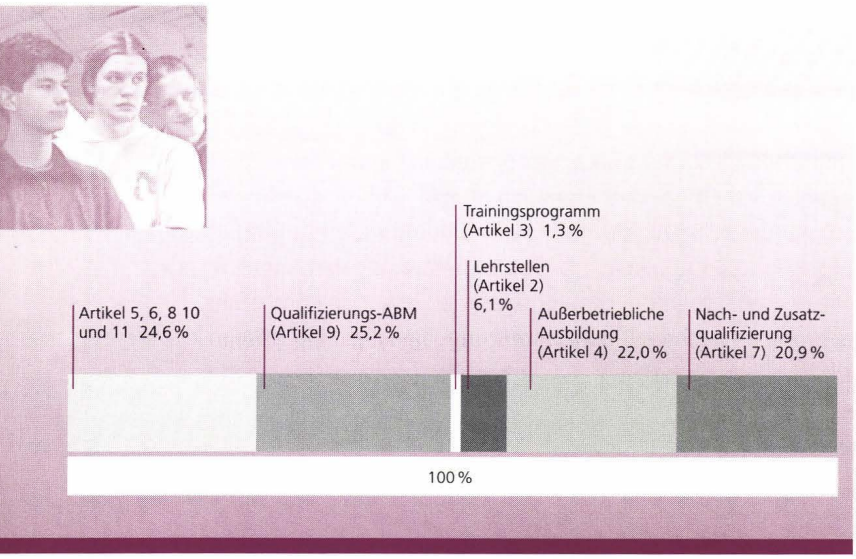


Abbildung 2 **Fördermaßnahmen des Sofortprogramms – Bestand der Maßnahmen im September 1999 (in Prozent)**

Unterrichtet wird in Deutsch, Rechnen und Sozialkunde; ferner werden Sozialkompetenz und sog. Arbeitstugenden vermittelt. Zusätzlich wird *sozialpädagogische Betreuung und Beratung* angeboten. Es wird versucht, die jungen Erwachsenen in gesellschaftliche Abläufe einzuführen und ihnen dafür Selbstvertrauen und das nötige Know-how zu geben. Ebenfalls häufig angeboten wird ein Bewerbungstraining, das vielfach auch Kenntnisse in der EDV vermittelt. Auch *Betriebspraktika* von unterschiedlicher Dauer sind in den meisten Trainingsmaßnahmen enthalten.

WIRKUNG

Die Nachfrage nach Trainingsprogrammen war höher als erwartet. Die Eintritte von ca. 20.000 Jugendlichen bis September lagen um 8.000 über der Orientierungsgröße. Mehr als die Hälfte der Teilnehmer hat danach eine außerbetriebliche Ausbildung aufgenommen. In den neuen Ländern waren dies fast drei Viertel, in den alten gut 40%. Für die untersuchten Regionen gilt, dass bisher jeder fünfte Jugendliche in eine betriebliche Berufsausbildung eingemündet ist (neue Länder: jeder Zwanzigste; alte Länder: jeder Vierte). Etwa jeder Zwanzigste hat eine Arbeitsstelle angetreten.

Erstes Ausbildungsjahr in außerbetrieblicher Ausbildung (Artikel 4)

Ausbildungsfähigen Jugendlichen soll eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf in einer außerbetrieblichen Einrichtung angeboten werden, den sie dann in einer betrieblichen Ausbildung beenden könnten. Sollte dies nicht gelingen, kann die außerbetriebliche Förderung fortgesetzt werden.
Die Betrachtung basiert auf 21 Telefoninterviews, die im Juni mit ausgewählten Trägern durchgeführt wurden.

UMSETZUNG

Der *praktische Teil der Ausbildung* wird von Trägern und Betrieben gemeinsam durchgeführt. Die Zeitanteile, die die Auszubildenden dort jeweils verbringen, unterscheiden sich nach Ausbildungsberufen; in einigen Handwerks- und freien Berufen verbringen sie mit 70-80% deutlich mehr Zeit in Betrieben; in dienstleistungsorientierten Berufen jeweils zur Hälfte bei Trägern und Betrieben.
Tendenziell weisen Teilnehmer in den neuen Ländern ein höheres Bildungsniveau auf. In den alten Ländern befinden sich mehr Jugendliche ohne Hauptschulabschluss und auch „benachteiligte" Jugendliche in den Maßnahmen.[10]
Die vier *Berufe,* in denen am häufigsten *ausgebildet* wird, nehmen einen Anteil von mehr als 50% ein, wobei das Berufsfeld „Wirtschaft und Verwaltung" am stärksten vertreten ist. In diesen Berufen (Verkäufer/-in, Bürokaufmann/Bürokauffrau, Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation) stellen weibliche Jugendliche drei Viertel der Teilnehmer. Umgekehrt liegt der Anteil männlicher Jugendlicher in den gewerblich-technischen Berufen höher. Hier befinden sich auch die höchsten Anteile an ausländischen Jugendlichen. Jugendliche – vor allem auch junge Frauen – in innovativen und zukunftsträchtigen Berufen auszubilden (z.B. neue Medien- und IT-Berufe), wurde angestrebt, allerdings auch hier nur vereinzelt erreicht. Solche Beispiele werden auf ihre Übertragbarkeit überprüft und ggf. verbreitet.

WIRKUNG

Die Arbeitsverwaltungen und Träger konnten trotz des knappen Zeitrahmens durch Ausweitung vorhandener Förderstrukturen und Konzipierung neuer Maßnahmen relativ rasch ein umfangreiches Angebot herstellen. Die Orientierungsgröße (10.000) wurde im März diesen Jahres erreicht und im April mit circa 26.000 Eintritten weit überschritten. Zum Teil mündeten die Jugendlichen aus Trainingsmaßnahmen in eine außerbetriebliche Ausbildung ein. Nur sehr wenige Jugendliche haben ihre außerbetriebliche Ausbildung beendet, um eine betriebliche Lehrstelle anzutreten. Darüber hinaus ist die Zahl der bereits fest vereinbarten als auch der erwarteten *Überleitungen* in eine reguläre, betrieblich finanzierte Ausbildung relativ gering. In den neuen Ländern tendieren die Übergänge gegen Null, in den alten Ländern gelingt dies bei etwa einem Viertel der Teilnehmer.

Auf die Frage, ob mit dem Sofortprogramm *zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze* geschaffen werden können, äußerten sich Träger aus den neuen Ländern sehr skeptisch. Es gäbe nicht genügend betriebliches Ausbildungsplatzpotenzial und mit den bereits laufenden Förderprogrammen seien alle Möglichkeiten ausgeschöpft. In den alten Ländern kam die Hälfte der Träger zu der Einschätzung, dass damit zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Nach- und Zusatzqualifizierung (Artikel 7)

Durch bedarfsgerechte Weiterbildungsmaßnahmen sollen die Integrationschancen von arbeitslosen jungen Menschen in den Arbeitsmarkt verbessert werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf *Nach- und Zusatzqualifizierung.* Die ersten Befunde zur Umsetzung und Wirkung basieren auf den erwähnten Interviews mit Mitarbeitern in 60 Arbeitsämtern sowie auf ergänzend ausgehändigten Materialien.

UMSETZUNG

Die Arbeitsämter haben unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt: Entscheidend waren die regionalen Zielgruppen und ihr spezifischer Qualifizierungsbedarf sowie Aufbau, Ablauf und Inhalt der Maßnahmen, ergänzt durch förderpolitische Prioritäten. Dies führte dazu, dass hauptsächlich *Zusatzqualifizierungen* (in der Regel modular aufgebaut) geplant und angeboten wurden. Modulare und zertifizierte *Nachqualifizierungsmaßnahmen,* die auf einen anerkannten Berufsabschluss zielen, wurden weniger genutzt:

Eine Besonderheit des Artikels besteht in der Zusammenarbeit der Arbeitsämter mit den Sozialämtern, um Benachteiligte für eine Teilnahme am Programm zu gewinnen. Über die weitere Verteilung der Teilnehmer auf die eigentlichen Fördermaßnahmen wurde dabei in vorgeschalteten *Trainingsmaßnahmen* entschieden.
Die Arbeitsämter nutzten ihre Erfahrungen aus der langjährigen Zusammenarbeit mit der regionalen Trägerlandschaft. Begründet wurde dies vor allem mit dem vorgegebenen Zeit- und Termindruck. Nur in wenigen Fällen arbeitete man mit neuen Trägern zusammen und entwickelte neue Konzepte.

WIRKUNG

Inwieweit Jugendliche langfristig einen Berufsabschluss erreichen oder über eine Zusatzqualifizierung einen Arbeitsplatz gefunden haben, lässt sich noch nicht beurteilen. Angesichts der Nachfrage und der Vermittlungspraxis der Arbeitsämter scheint der Bedarf an Nach- und Zusatzqualifizierungen hoch zu sein: Mit fast 21.000 Eintritten zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und mehr als 40.000 Eintritten in die vorbereitenden Trainingsmaßnahmen wurde die vorgesehene Teilnehmerzahl (25.000) weit überschritten (Stand September 1999).

Qualifizierungs-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Artikel 9)

Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit integrierter beruflicher Qualifizierung (mindestens 30% und höchstens 50% Zeitanteil) sollen längerfristig arbeitslose Jugendliche Praxiserfahrung sammeln und auf dem Arbeitsmarkt verwertbare berufliche Kenntnisse erwerben.

UMSETZUNG

Der geförderte Personenkreis umfasst junge Aussiedler, Jugendliche ausländischer Herkunft, junge Frauen und Mütter, die den (Wieder)Einstieg in das Berufsleben suchen, behinderte Jugendliche und generell arbeitslose Jugendliche, die aus unterschiedlichen Gründen (z.B. persönliche Schul- oder Ausbildungs- und Motivationsdefizite) auf dem regulären Arbeitsmarkt nicht vermittelbar sind. Die Arbeitsämter haben Schwerpunkte gesetzt. Es wurden Arbeiten in Tätigkeitsfeldern gefördert, die einerseits „im öffentlichen Interesse" der Region liegen und andererseits die Zielgruppe motivieren konnten. Es gab Kooperationsvereinbarungen von Kommunen, Kammern, Betrieben, Schulen sowie Sozial- und Jugendämtern. Ein wesentliches Kriterium für die Auswahl war, dass die Tätigkeitsbereiche (z.B. im Umweltschutz, Garten- und Landschaftsbau, Holz- und Metallbearbeitung, Dienstleistungen, Kultur) mit beruflichen Qualifizierungsanteilen sinnvoll verbunden werden konnten. Vermittelt werden sowohl Grundlagen als auch Qualifikationen auf höherem Niveau und/oder spezifische auf dem Arbeitsmarkt gefragte Zusatzqualifikationen z.B. EDV, Geräteführerscheine u.Ä. Berücksichtigt wurden weiterhin besondere Qualifizierungsmodalitäten (Modularität, Praxisanteile, Übernahmechancen aus Praktika) und arbeitsmarktpolitische und/oder soziale Zielsetzungen (Integration von Rand- und Problemgruppen).

WIRKUNG

Aussagen zum Erfolg sind noch nicht möglich. Deutlich erkennbar ist eine hohe Nachfrage. Bei einer Orientierungsgröße von 20.000 Teilnehmern sind bis September ca. 32.000 Jugendliche in Qualifizierungs-ABM eingetreten.

Schlussfolgerungen und Perspektiven

Das Programm hat in den ersten Monaten bereits positive Wirkungen gezeigt: Es wurde von den Jugendlichen gut angenommen und hat neue Perspektiven eröffnet. Damit hat sich die öffentlich diskutierte Vermutung, die Jugendlichen hätten kein Interesse an der Teilnahme, als haltlos erwiesen. Stattdessen konnten in einzelnen Arbeitsämtern nicht einmal alle Bewerber berücksichtigt werden. In den ersten neun Monaten diesen Jahres haben 188.000 Jugendliche ein Angebot wahrgenommen – eine Zahl, die selbst optimistische Erwartungen übersteigt.
Die Bundesanstalt für Arbeit geht in ihrer Arbeitsmarktstatistik für September jedoch davon aus, dass der Anstieg der Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Lehrstellen um 25.000 auf 629.000 gegenüber dem vorherigen Jahr allein aufgrund der im Rahmen des Sofortprogramms angebotenen *außerbetrieblichen Ausbildungsstellen* zu verzeichnen ist (September: 23.300). Da durch regionale und lokale Projekte (Artikel 2) aktuell fast 6.500 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen worden sind, liegt der

Schluss nahe, dass im gleichen Zeitraum andere Betriebe ihr Ausbildungsplatzangebot abgebaut haben.
Das Sofortprogramm stellt unterschiedliche Angebote für Jugendliche bereit. Sie unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Zielsetzung, der Dauer, des individuellen Nutzens und der Kosten. Ein beachtlicher Teil der Kurse ist mittlerweile abgeschlossen, andere haben eben begonnen oder befinden sich noch in der Planung, sodass derzeit ca. 106.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer registriert sind. Im ersten Halbjahr lag der Schwerpunkt bei den Trainingsmaßnahmen. Sie bildeten in vielen Fällen eine Brücke zwischen Schule und Berufsbildung (Artikel 3). Ein weiterer Aspekt liegt im Angebot nachträglicher und zusätzlicher Qualifizierung (Artikel 7).
Die Wirksamkeit hängt entscheidend ab von den Übergängen nach Abschluss der Kurse und Angebote. Dabei gab es deutliche Probleme: Die Integration in eine betriebliche Ausbildung war nicht allein wegen des betrieblichen Ausbildungsplatzmangels schwierig, sondern auch aufgrund des vorgerückten Ausbildungsjahres. Angebote nach Artikel 4 (außerbetriebliche Ausbildung im ersten Jahr) kompensierten einen Teil des Mangels. Dieser führte wesentlich zu der weit über der Orientierungsgröße liegenden Zahl der realisierten Angebote von 27.800 Jugendlichen.
Allerdings wird der Wechsel der Jugendlichen nach dem ersten Ausbildungsjahr auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz voraussichtlich nur wenigen möglich sein. Vor allem in den neuen Bundesländern herrscht ein hohes Maß an betrieblichem Ausbildungsplatzmangel, auch für Jugendliche mit guten Schulabschlüssen. Deshalb ist dort auch ein größerer Anteil an Jugendlichen mit höheren Bildungsabschlüssen in den Maßnahmen nach Artikel 4 anzutreffen. Die als Ersatz für die betriebliche Überleitung vorgesehene Weiterführung der außerbetrieblichen Ausbildung führt zu entsprechenden Folgekosten im Sofortprogramm.

Begleitforschung macht Probleme deutlich

Die Begleitforschung hat die Notwendigkeit deutlich gemacht, die unterschiedlichen Maßnahmen, Angebote und Aktivitäten vor Ort zu koordinieren. Dieser Gedanke ist bereits in Artikel 2 enthalten. In dessen Zentrum steht die Entwicklung regionaler Netzwerke zur Erweiterung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes. Ausbildungsverbünde können hierzu als positives Beispiel hervorgehoben werden. Allerdings ist eine Konzentration auf neue und zukunftsträchtige Berufe – insbesondere für junge Frauen – dringend zu verstärken. Sie entspricht auch den Forderungen, die in den Gesprächen im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit erhoben wurden[11].

Den anspruchsvollen, auf eine längerfristige Wirkung ausgerichteten Zielen entsprechend wurde für die Entwicklung regionaler Projekte eine längere Anlaufphase benötigt. Ansonsten konnten die Arbeitsämter ihre langjährigen Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den Trägern umsetzen. Recht bald wurde der Netzwerkgedanke – in Form von Workshops, Trägerkonferenzen eingesetzt – eine wichtige Basis für die Gewinnung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze mit Hilfe regionaler Projekte. Hier sind in den letzten Monaten auch bereits größere Zuwächse zu verzeichnen (zurzeit ca. 6.500). Die Orientierungsgröße von 10.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen könnte noch bis Jahresende erreicht werden. Wegen der Nachhaltigkeit der gewonnenen Ausbildungsplätze ist bei der Fortsetzung des Sofortprogramms im nächsten Jahr die Unterstützung der regionalen und lokalen Projekte eine wesentliche Bedingung. ■

Anmerkungen

1 *Die Zahl 100.000 markiert das Ziel, tatsächlich ergeben die einzelnen Maßnahmen in der Summe 113.000 Plätze.*
2 *Berufsbildungsbericht 1999, S. 8*
3 *Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit – Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung Jugendlicher vom 25. November 1998. In BWP-spezial, Nr. 6, 1999, S. 19-38*
4 *Weitere Projektmitglieder: Harald Brandes, Angela Menk und Reinhard Selka*
5 *Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit führt folgende Einzelprojekte durch: Panelbefragung von Teilnehmern am Sofortprogramm, qualitative Befragung von 70 Teilnehmern, Evaluierung in 10 Arbeitsamtsbezirken, Image des Sofortprogramms in der Öffentlichkeit, Deutsche Teilstudie im Rahmen der internationalen Forschungskooperation „Youth unemployment and social exclusion in Europe", Teilnehmerdatenbank.*
Bisher hat das BIBB vier Zwischenberichte vorgelegt: ein erster Bericht zum Artikel 2 (Mai, August 1999), sowie drei Berichte zu den Artikeln 3, 4 sowie 7 und 9 (Juli 1999).
6 *Wirtschafts- und Sozialforschung (WSF), Institut für Sozialwissenschaftliche Beratung (ISOB) sowie um Sigrid Kümmerlein und Rolf Raddatz*
7 *Zum Beispiel stehen unter der Adresse www.sofortprogramm.bibb.de statistische Informationen bereit, die vor allem von regionalen Projekten und Initiativen genutzt werden sollen. Unter www.berufsbildung.de können nachahmenswerte „Good-Practice"-Beispiele abgefragt werden. Weitere Informationen, wie etwa Kurzprofile aller Ausbildungsberufe, finden sich auf der Homepage des BIBB (www.bibb.de).*
8 *Aufgrund der unterschiedlichen Erhebungssystematik sind die nach Artikel 2 geschaffenen Ausbildungsstellen in den summierten Angaben zum Sofortprogramm nicht enthalten (Ausnahme: Abbildung 1).*
9 *Vgl. BWP 28 (1999) 1, Beilage BWP-spezial Nr. 6, S 11*
10 *Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit haben zwei von fünf Teilnehmern einen Hauptschulabschluss, über die Hälfte der Jugendlichen einen mittleren oder höheren Abschluss.*
11 *Ergebnisse des Spitzengesprächs vom 6. Juli 1999, veröffentlicht vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*